



AMNON GUTMAN

FOTO-TABLEAU: DAS VERHEISSENE LAND 4/5

2002 beschloss Israel, die Grenze zum Westjordanland zu befestigen. Seither leiden die Palästinenser unter der Sperre. Nicht nur die Arbeitskräfte, die in Israel viel mehr verdienen, riskieren die illegale Grenzüberquerung. Auch junge Palästinenser wollen der Misere hier und da entrinnen. Der israelische Fotograf Amnon Gutman interessierte sich für ihr Schicksal und begleitete die Teenager, die ennet der Grenze in Israel auf einem Platz abseits der Strasse ihr Nachtlager einnahmen.

www.nzz.ch/tableau

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Handlungsbedarf bei der Raumplanung

Gemäss einem Artikel in der NZZ vom 4. 2. 11 hat der Zürcher Stadtrat André Odermatt an einer Veranstaltung erklärt, er vermisse im zürcherischen Planungs- und Baugesetz den Ausgleich von planungsbedingten Mehr- und Minderwerten, wie er im eidgenössischen Raumplanungsgesetz verlangt wird. Eine solche Regelung ist vor Jahren zwar studiert worden, aber nicht erfolgt. Sie wurde bezüglich der Mehrwerte mit der Begründung abgelehnt, dass die Grundstückgewinnsteuer genüge. Der an der Veranstaltung vorgeschlagene Zonenabtausch soll offenbar den finanziellen Ausgleich (Entschädigung auf der einen, Besteuerung auf der andern Seite) durch einen Realabtausch – Auszonung unzweckmässiger Bauzonen gegen neue, zweckmässiger – ersetzen.

Die Grundstückgewinnsteuer kann in ihrer heutigen Form die Aufgabe der Abschöpfung planungsbedingter Mehrwerte nicht erfüllen, weil sie von den Gemeinden vereinnahmt wird. Sie verwenden diese Einnahmen kaum zur Entschädigung von Auszonungen, sondern für alles Mögliche sonst, etwa zur Senkung des Steuerfusses. Verständlicherweise verzichtet man lieber auf planungsrechtliche Verbesserungen als auf solche Vorteile. Damit aus der Grundstückgewinnsteuer eine eigentliche Mehrwertabgabe werden könnte, müsste eine umfassende Neuordnung erfolgen. Dabei wäre auch zu beachten, dass wirksame Aus- und Einzonungen sinnvollerweise durch Festlegungen im kantonalen Richtplan ausgelöst werden

müssen. Es ist kaum zu erwarten, dass ein kompliziertes Verfahren zum realen Abtausch eher zum Ziel führen wird als eine Neuordnung des finanziellen Ausgleichs. Die Frage ist, ob und wofür sich schliesslich eine politische Mehrheit finden lässt.

Eric M. Kull, Zürich

Kritische Lage der Schweizer Armee

In der Schweiz sind wir seit einiger Zeit mit einem Prozess der nachhaltigen Schwächung der Armee konfrontiert. Der VBS-Chef müsste im Parlament mit mehr Einsatz die 4,4-Milliarden-Kreditgrenze entschieden bekämpfen und konstruktive Vorschläge zu den finanziellen Rahmenbedingungen vorlegen. Stattdessen hat er bei der Abstimmung im Bundesrat zum Projekt Kampfflugzeug-Beschaffung zur Ablehnung dieses Vorhabens beigetragen. Dies ist eine bittere Ironie, welche für die Schweiz in einem bedeutenden Gesichtverlust resultierte.

Zum Vergleich: Die Niederlande, Gründungsmitglied sowohl der Nato wie auch der EU, haben die notwendigen Lehren aus dem Trauma der Tragik von 1940 bis 1944 gezogen. Seine international anerkannte und bewaffnete Neutralität konnte das Land damals vor dem Ansturm der brutalen Aggressoren nicht schützen. Die Aufwendungen dieser Nation für die Verteidigung sind jetzt etwa dreimal grösser als in der reichen Schweiz, die Beschaffung von 85 hochmodernen Kampfflugzeugen der

fünften Generation (F-35 Joint Striker) wird diskutiert. Beim Erarbeiten möglicher Einsatzszenarien der Zukunft muss die Armeeführung zwingend das Undenkbare denken. Möglicherweise furchtbare Konsequenzen einer minimalistischen, kurzsichtigen Verteidigungsvorbereitung sind zu vermeiden. Deshalb erzeuge auch die vorläufige Auflösung von Heereseinheiten und Truppenkörpern (Infanterie, Artillerie, Panzertruppen) ein ungutes Gefühl.

In diesem Zusammenhang kann daran erinnert werden, dass erst etwa 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Schweizer Armee (61) mit ihren drei mechanisierten Divisionen bewaffnungsmässig endlich auf derselben Stufe stand wie die Heere unserer Nachbarn. Durch eine vermehrte Zusammenarbeit mit unseren Nachbarationen könnte die Schweiz auf rationellerem Weg eine moderne, wieder kriegsgenügende und respektierte Armee ausbauen.

Jost Rodolphe Poffet, Bussigny-sur-Oron

«Tempo 30» gilt auch für Busse

Mit der Aussage, dass kein Bus durch eine Tempo-30-Zone fahren muss, liegt Herr Kern in seinem Leserbrief falsch (NZZ 11. 2. 11). Durch die mit «Tempo 30» signalisierte Tannenrauchstrasse in Zürich Wollishofen führen verschiedene Buslinien. Und die Chauffeure halten sich an die Geschwindigkeitslimite.

Rolf Stucki, Zürich

Integrative Schule und ihre Grenzen

Es hat sie nie gegeben, die Euphorie in Sachen integrative Schule (NZZ 12. 02. 11). Auch von Ernüchterung ist deshalb keine Spur zu finden. Seit der Annahme der neuen Bundesverfassung vom 18. April 1999 haben sich Volk und Parlament auf Bundesebene zu Fragen der integrativen Bildung und der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung mehrfach klar zustimmend geäussert. Für die Ebene der Kantone gilt dasselbe. Das Gemeinwesen hat damit längst aktiv und demokratisch legitimiert den Weg der Anerkennung und Umsetzung einer modernen Menschen- und Sozialrechtsentwicklung beschritten.

Zurzeit läuft das Vernehmlassungsverfahren zum Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Und dennoch wird um die integrative Schule gestritten. Aber es ist ein Streit, nachdem die Würfel gefallen sind: Es gibt keine Alternative mehr zur integrativen Schule. Doch die integrative Schule hat viele Gesichter: Es gehört zu ihrer Substanz, dass Behörden, Schulleitungen und Lehrpersonen zusammen mit Schülerinnen und Schülern, Eltern und Betroffenen tragfähige Lösungen gestalten. Diese basieren auf heute verfügbaren, erprobten, gut dokumentierten und sorgfältig entwickelten Konzepten für den integrativen Unterricht und die integrative Schulentwicklung.

Prof. Dr. Jan Weisser, Basel
Leiter Institut Spezielle Pädagogik und Psychologie, Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz

Der letzte Satz dieses Artikels, scheint mir, ist auch zugleich die Quintessenz. Beim Abwägen einer Einweisung von Sonderschülern in Normalklassen heisst es zum Schluss: «Man darf dabei die Klasse als Ganzes nicht aus den Augen verlieren.» Leider wurde dieser Grundsatz in letzter Zeit manchenorts nicht beachtet, und in Zürich beispielsweise erklärten erst kürzlich zwei Sek-B-Lehrerinnen öffentlich, sie könnten nach Zuteilung sehr schwieriger Kinder nicht mehr normal unterrichten und die guten Kinder würden dadurch gebremst. Der Zeitpunkt ist also gekommen, wo sich die Verantwortlichen unbedingt auch wieder für «normale» Kinder, «normale» Eltern und «normale» Lehrkräfte einsetzen müssen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Bildungsforschung und Bildungspolitik stehen heute im Bann zweier Ideologien: jener der Gleichheit und jener der Individualisierung. Die Gleichheitsideologie will durchsetzen, dass alle Schüler in die gleiche Klasse gehen. Sonderklassen, Promotion und Selektion gibt es nicht mehr. Darauf folgt die Individualisierung: Der Lehrer erstellt für jeden Schüler ein besonderes Unterrichtsprogramm. Assistenten wird er dabei von pädagogischen Gehilfen, vom Förderer der Hochbegabten bis zum Bändiger der Verhaltensgestörten. An die Stelle der Beurteilung nach einer einheitlichen Norm tritt die Messung des individuellen Lernfortschritts: Der Schüler, der in einem Text nur noch achtzig statt wie früher hundert Fehler unterbringt, steht besser da als jener, der seit langem fehlerlos schreibt.

Nun aber meldet sich die Gleichheitsideologie wieder und führt europaweit einheitliche Tests (Pisa!) durch. Beglückt stellen wir fest, dass unser Durchschnitt zwar weiterhin hinter

Finnland, aber doch noch vor Albanien liegt. Allerdings müssen wir konstatieren, dass die Extreme mehr denn je voneinander entfernt sind. Woraus der Schluss gezogen wird, es müsse eben noch mehr integriert und noch mehr individualisiert werden.

Helmut Meyer, Zürich

Ja, die Grenzen der integrativen Schule werden sichtbar – die Grenzen in den Köpfen derjenigen, die für die Erziehung und Bildung von Kindern hierzulande verantwortlich sind. «Integration fängt in den Köpfen an» (Feuser) und muss unweigerlich begrenzt bleiben, wenn sie in den verantwortlichen Köpfen u. a. zu einer Ressourcenfrage oder gar Sparmassnahme verkommt und man sich bei jedem Kind fragen muss, wo es am besten aufgehoben sei.

Die vermeintlichen Grenzen der Integration resultieren aus dem paradoxen Umstand, dass Kinder in ein Bildungs- und Erziehungssystem integriert werden sollen, welches nach wie vor ihre Selektion zum erklärten Ziel hat. So scheinen Lernzielkonformität, Notengebung und Lehrmittelhoheit gerechtfertigt zu sein. Kinder bleiben dadurch auch in der Regelklasse Sonderschüler, denn sie brauchen besondere oder gar keine Lernziele («lernzielbefreit») und besondere Massnahmen, um dabei sein zu dürfen.

Um Integration jedoch nicht an der Begrenztheit des momentanen Schulsystems scheitern zu lassen, sollten die verantwortlichen Köpfe, statt die Kinder in integrierbare und nicht integrierbare einzuteilen, sich endlich mit dem auseinandersetzen, was einen integrativen Unterricht für alle Kinder ermöglicht – die Didaktik. Schule und Unterricht müssen integrationsfähig werden, nicht die Kinder.

lic. phil. Barbara Michel, Zürich
Lehrerin, schulische Heilpädagogin, Dozentin

Kanton soll Bahn nach Winterthur ausbauen

2010 lehnte das Zürcher Volk leider die Initiative für die zweite Doppelspur zwischen Effretikon und Winterthur ab. Der Zürcher Regierungsrat setzte auf den Brüttener Tunnel. Ein Irrtum, wie sich nun herausstellt (NZZ 4. 2. 11), denn auf den Bund ist kein Verlass mehr, wenn es um den Ausbau von Schiene und Strasse geht. Der Regierungsrat soll nun den Ausbau zwischen Effretikon und Winterthur von sich aus nochmals vors Volk bringen. Dieser Ausbau ist kostengünstiger und schneller realisiert.

Othmar Waldis, Zürich

Giusep Fry und die Gerechtigkeit

Giusep Fry soll laut dem Bezirksgericht Affoltern nur ein Viertel seiner 400 000 Franken Busse bezahlen (NZZ 9. 2. 11). Jahrelang hat er sich auf «seinem» Üetliberg ungestraft ausbreiten können, hat gesetzeswidrig gebaut und umgebaut. Gericht kommt von Gerechtigkeit. Werden kleine und grosse Hausbesitzer nun auch aufatmen dürfen, wenn die Bezirksgerichte im Kanton für kleinste Überschreitungen jahrelang keine oder nur ein Viertel der vorgesehenen Busse sprechen?

Brigitt Leisinger, Zürich

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 232. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: René Zeller
Nachrichtenchef: Lutz Bernet, Stv.: Adrian Krebs
Koordination: Nicoletta Wagner

International: Martin Woker, Jürg Dedial, Beat U. Wieser, Nicoletta Wagner, Cyrill Stieger, Eric Gujer, Anton Christen, Andreas Ruesch, Oswald Itten, Meret Baumann
Schweiz: René Zeller, Christoph Wehrli, Claudia Schoch, Hanspeter Mettler, Claudia Baer, Markus Hofmann, Martin

Senti, Paul Schneeberger, Simon Gemperli, Davide Scruzi
Bundeshaus: Beat Waber, Katharina Fontana, Niklaus Nuspiger
Medien: Rainer Stadler

Wirtschaft / Börse: Peter Fischer, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Christian Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Thomas Stamm, Lucie Paška, Hansueli Schöchli

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Samuel Herzog
Zürich: Thomas Ribi, Michael Baumann, Rebekka Haefeli, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Urs Bühler, Kuno Gurtner, Walter Bernat, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Susanna Ellner
Zürcher Kultur: Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Sport: Elmar Wagner, Peter Jegen, Christoph Fisch, Florian Clatina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germain

Nachrichtenredaktion: Claudia Schwartz, Susanne Ostwald, Manuela Nyffenegger, Daniel Wechlin
Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi, Lorenz Frischknecht
Wissenschaft / Forschung und Technik: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Hanna (Lena Johanna) Wick

Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil · Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle, Friedemann Bart, Stefan Betschon, Susanna Müller, Claudia Wirz
NZZ-Campus: Ronald Schenkel

GESTALTUNG/PRODUKTION

Leitung Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer
Leitung: Christoph Ruckstuhl
Produktionsleitung: Hansruedi Frei
Korrektur: Stephan Dové
Archiv: Ruth Haener

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ-Folio: Daniel Weber
NZZ Film und Fernsehen: Wolfgang Frei
NZZ Online: Urs Holderegger
NZZ am Sonntag: Felix E. Müller
Projektmanagement: Fredy Greuter

NZZ-MEDIENGRUPPE

Albert P. Stäheli (CEO)

GESCHÄFTSBEREICH NZZ

Markus Spillmann (Leitung Medien und Publizistik), Marius Hagger (Verlag), Felix E. Müller (NZZ am Sonntag), Peter Hogenkamp (Digitale Medien)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 13 23, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich
Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39
E-Mail: leserservice-schweiz@nzz.ch

International: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, E-Mail: leserservice-international@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch, Internet: www.nzzmedia.ch

Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement Inland inkl. Internetausgabe NZZ E-Paper: 548 Fr. (12 Monate), 302 Fr. (6 Monate), 165 Fr. (3 Monate). Für Umleitungen wird eine Bearbeitungsgebühr von 7 Fr. erhoben. Unterbrüche, die mehr als 6 aufeinanderfolgende Ausgabetermine umfassen, werden ab der 7. Ausgabe vergütet.
Kombi-Abonnement inkl. NZZ am Sonntag und Internetausgabe NZZ E-Paper: 651 Fr. (12 Monate), 366 Fr. (6 Monate), 205 Fr. (3 Monate)

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. Internetausgabe NZZ E-Paper: 423 € (12 Monate), 225 €

(6 Monate), 113 € (3 Monate). Übrige Auslandpreise auf Anfrage

Abonnement NZZ E-Paper: 394 Fr. (12 Monate), 218 Fr. (6 Monate), 119 Fr. (3 Monate)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- und Lehrlingsausweis)

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2011

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verkaufte Auflage: 136 894 Expl. (WEMF 2010)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG



AMNON GUTMAN

FOTO-TABLEAU: DAS VERHEISSENE LAND 3/5

2002 beschloss Israel, die Grenze zum Westjordanland zu befestigen. Seither leiden die Palästinenser unter der Sperre. Da sie als Arbeitskräfte in Israel viel mehr verdienen, riskieren sie die illegale Grenzüberquerung. Der israelische Fotograf Amnon Gutman interessierte sich für ihr Schicksal und begleitete sie. Trotz den oft unwürdigen Arbeitsbedingungen in Israel gibt es für die Arbeiter – wie für diese beiden Maler – immer wieder auch heitere Momente.

www.nzz.ch/tableau

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Vereinzelung statt Integration

Bei Lichte besehen fällt das Resultat mager aus: Mit riesigem Aufwand in finanzieller und personeller Hinsicht wurde im Kanton Zürich die schulische Integration in der Volksschule installiert. Eigens für diesen Zweck wird eine neue Generation von Heilpädagogen an der dafür eingerichteten Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) für viel Geld instruiert. Unhinterfragbare Vorgabe dieser Ausbildung ist «Integration» beziehungsweise «Inklusion». Eine traditionelle Förderung von Behinderten in gesonderten Abteilungen (abwertend «Separation» genannt) wird nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Es mutet deshalb geradezu ärmlich an, wenn das Ergebnis dieser mit so grossem Aufwand betriebenen «Integration» ist, dass sie gerade einmal so gut wie das alte System sei, so Gérard Bless zu seiner Untersuchung an einer Tagung der HfH (NZZ 31. 1. 11). Und er ist sicher kein Kritiker!

Mit dem Grossversuch «Integration» wird ein über Jahrzehnte weiterentwickeltes und bewährtes Schulsystem zerstört. Die in Aussicht gestellten Vorteile sind auch nach Jahren immer noch nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die mit der Integration verbundene Individualisierung der Schüler führt zu einer krassen Vereinzelung der Schüler, die nun hauptsächlich individuell auf ihren Lernstand zugeschnittene Arbeitsblätter abarbeiten. Das Erlebnis, als ganze Schulklasse mit allen Schülern gemeinsam an einer Sache (Stoff) voranzu-

schreiten und dabei möglichst jeden Kollegen mitzunehmen (soziales Lernen), wird selten. Und schliesslich bleibt noch die Frage offen, wie «integriert» sich die integrierten Schüler wirklich fühlen und ob alle Schüler im neuen System so viel gelernt haben, wie sie es im alten gekonnt hätten.

Robert Tauschke, Kalthäusern
Heilpädagogie

Zuwarten im Fall Ottmar Hitzfeld

Mit Interesse habe ich den Artikel über die hängige Vertragsverlängerung mit dem Fussball-Nationaltrainer Ottmar Hitzfeld im Sportteil der NZZ (11. 2. 11) gelesen. Als Freund der Schweizer Nati betrachte ich die Geschehnisse und das Kommunikationsverhalten von Herrn Hitzfeld mit grosser Skepsis. Der jüngste Auftritt und das fragwürdige Engagement in Malta – mit notabene zwei verschossenen Penaltys (durch hochbezahlte Profis!) – lassen leider nur eine Konklusion zu: Eine positive Weiterentwicklung der Mannschaft ist bis anhin nicht nachvollziehbar – auch im mentalen Bereich. Dem lustlosen Team fehlt es an Herzblut, Selbstkritik und Demut. Der Verband ist in der Tat gut beraten, wenn er die Gespräche betreffend Vertragsverlängerung mit Hitzfeld erst nach Abschluss der EM-Qualifikationsrunde traktandiert!

Rolf Estermann, Oberrieden

Utopien und Realitäten

«Direkte Demokratie wäre etwas Wunderbares, wenn die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt gestellt würden» (Konrad Hummler, NZZ 9. 2. 11). Beizufügen wäre: «und wenn die Fragen vom Wahlvolk richtig verstanden würden». Unser Vorbild, Athen, praktizierte Demokratie in einer kleinen Stadt, deren Einwohner ungefähr die gleiche Weltanschauung besaßen und insbesondere die gleiche Sprache pflegten. Diese

Vorbedingung für gutes Funktionieren von Demokratie ist in den westlichen Staaten nicht mehr erfüllbar. Selbst in der kleinen Schweiz wird oft gar nicht oder falsch verstanden, worum es bei Volksbefragungen geht. Das führt zu Zufallsentscheiden, die nicht dem Interesse des Bürgers dienen. Dazu kommt eine grassierende Stimmabstinenz. Sie hat ihren Grund in Fragestellungen, die an den drängenden Problemen vorbeiziehen. So gleicht die gegenwärtige Schweiz einem «Turm zu Babel», mit Stimmberechtigten ohne mögliche Verständigung auf einem Weg in die Zukunft. Sie ist ein Beispiel für die Entwicklung eines paradiesischen Landes mit demokratischen Rechten ohne zugehörige Pflichten. Wenn eine Mehrheit nur noch Bequemlichkeit will, dann verkommt die Demokratie zum Versorgerstaat.

Max Brenner, Basel

Unterschätzter Solarstrom

Kann man ein Atomkraftwerk durch photovoltaischen Solarstrom ersetzen? Hans Ruedi Hugenberg operiert zu dieser Frage in seinem Leserbrief (NZZ 10. 2. 11) mit veralteten Zahlen. Um Mühleberg zu ersetzen, braucht man tatsächlich 20 Millionen Quadratmeter Photovoltaik-Modulfläche. Die grosse Zahl relativiert sich aber. Pro Kopf entspricht dies 2,5 Quadratmetern. Die Schweizer Gebäudefläche belegt pro Kopf 52 Quadratmeter. Auch die Kosten sind nicht korrekt dargestellt. 2,5 Millionen Kilowatt Leistung Photovoltaik kosteten 2010 11,2 und nicht 25 Milliarden Franken. Bei der absehbaren Kostenreduktion sinkt die Investition in den nächsten zehn Jahren weiter. Der Gestehtungspreis für Photovoltaik ist nicht 70 bis 80 Rappen pro Kilowattstunden, sondern erreichte 2010 bereits 38 Rappen.

Die Schweizer Stromkunden bezahlen beim Atomstrom auch nicht den angegebenen Gestehtungspreis von 4 bis 6 Rappen pro Kilowattstunde, sondern 10 bis 20 Rappen. Entscheidend ist nicht der Stromgestehungspreis. Damit wird die Photovoltaik in einem Mix zwischen Stromeffizienz und neuen erneuerbaren

SEITENBLICK

Freiheit, Gleichheit – Festlichkeit

Hannelore Schlaffer

«Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral», rief Bertolt Brecht in seiner rohen Direktheit den bettelarmen Leuten der «Dreigroschenoper» zu, um sie zur Unzufriedenheit mit dem ungerechten Dasein und zum Aufstand gegen ihre Ausbeuter anzustacheln. Geriete der Dichter mit seinem Gerechtigkeitssinn heute in die Supermärkte von Migros, Aldi oder Lidl – dies Diktum bliebe ihm im Halse stecken. Das Warenangebot dort befriedigt nicht nur die Grundbedürfnisse aller Menschen, gleich welchen Standes; es gewinnt seine Kundenschaft aus den ärmeren Schichten vor allem durch Luxusangebote zu Preisen, die sie wie Geschenke aussehen lassen und den Eindruck erwecken, als dürfe der Kunde leben wie ein Fürst, ein Bonvivant, ein Gourmet, kurz: wie Gott in Frankreich. Was früher nur an der Tafel von Königen zu haben war – Sekt und Kaviar, Gran-Riserva-Weine und Lachs, ja sogar das, was sich damals nicht einmal ein Fürst träumen liess, Straussensteak, Alaska-Wildlachs, chinesische Ente und, vor allem für den Feinschmecker unserer Epoche der perfekten Kaffeemaschine: einen Essensabschluss mit einem Getränk aus 100 Prozent Arabica –, das alles bringen Denner, Coop und Kaufland auf den Tisch des schlichten Bürgers.

Deutsche Discounter haben feste Tage, an denen sie «Geniesserqualität zu richtig günstigen Preisen» anbieten. Diese Tage werden zu den Festtagen des Kunden. Sie liegen vielfach am Ende der Woche und lassen Zeit, das Fest für die arbeitsfreien Wochenenden vorzubereiten. Meist sind die Sonderangebote, wie Wein, Lachs und Kaffee, Fertigprodukte, so dass es für die Vorbereitung zum Fest keinen Koch mehr braucht. Immerhin haben die Discounter zu Beginn ihrer Attacke auf die Genussucht der Käufer durch eigene Kochbucheditionen auf die Luxusexistenz vorbereitet. Meistens aber darf sich der Gourmet mit kleinem Budget an den Tisch setzen, und schon sind ihm, als seien sie vom Himmel gefallen, die feinsten Sachen beschieden. Da bedeutet es wenig, dass diese Leckereien wenige Tage zuvor von einem Ort bezogen wurden, der leider nur wie eine Lagerhalle aussieht, und dass das, was nun so gut riecht und schmeckt, lieblos in Schachteln herumlag und nur durch den kleinen Preis für sich sprach. Erst auf dem Tisch erblüht der zusammengetragene Luxus zum Märchen vom «Tischleindeckdich». Das Fest jedoch bleibt eine unschuldige Petitesse, die das Bewusstsein nährt, nicht zu den Benachteiligten zu gehören.

Wenn es nicht die politische Absicht des Lebensmittel-grosshandels ist, das Gefühl demokratischer Gerechtigkeit zu verbreiten, so ist es doch der willkommene Effekt seiner Verkaufsstrategie. Der Discount bietet die kleine Sünde anstelle der grossen Revolution an. Wer einmal in der Woche so gut speist wie sein Chef, denkt nicht an Aufstand. Den sozialen Neid handhaben die Discounter, indem sie ihn mit ein paar Bissen abspesen. – Inzwischen haben alle Kaufhäuser von der Schläue der Discounter gelernt. Allerorten wird das Gefühl der Gleichheit durch Verbilligung von Waren gesteuert. Das Schnäppchen – für die Frau sehr häufig eines im Bereich der Modebranche, für den Mann eines in dem der Luxuselektronik – erweckt Kaufgelüste, die sich mit Entdeckerfreude paaren und deren Erfüllung einen lukullischen Abschluss fordert. Die Grossstädte versammeln ihre Besucher nicht nur bei Stadtfesten gleichberechtigt um einen Tisch. Sie inszenieren täglich eine riesige Nahrungskommunion. Der Pariser Stadtplaner Haussmann baute einst die Strassen dieser «Hauptstadt des 19. Jahrhunderts» möglichst breit aus, um der mächtig und reich gewordenen Bourgeoisie möglichst viel Platz zur Selbstdarstellung und Beobachtung der Mitbürger zu schaffen. Das demokratische Bewusstsein von heute lässt solch ästhetisches Spiel, das zugleich eine Sittenkontrolle war, nicht mehr zu. Im Zentrum der Verkaufszonen werden viel zu viele Stühle aufgestellt, die Menge zusammengezwängt und ihr Schritt ins Geschäft gelenkt. Den öffentlichen Frieden bewahren nicht Gesetz und Gebet, sondern die Trophäen, die dort gewonnen werden, kleine Verführungen, seien diese nun Schnäppchen aus dem Kaufhaus oder gute Bissen vom Discounter.

Hannelore Schlaffer lebt als Essayistin und Publizistin in Stuttgart.

Energien auch zu einer ökonomisch attraktiveren Mischung als neue Atomkraftwerke.

Thomas Nordmann, Feldmeilen

Kennzeichnung und Preis für Polizisten

Der Verband der Polizeibeamten will offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, dass im Zürcher Gemeinderat lediglich eine von Einsatz zu Einsatz variierende Kennzeichnung verlangt wurde (NZZ 8. 2. 11). So ist keinesfalls eine Identifikation möglich – ausser bei einem gerichtlichen Verfahren. Ich bin entsetzt über die Verdrehung von Tatsachen, die von jener Seite erfolgt, die für die Ermittlung von Tat-

sachen zuständig ist. Zu behaupten, Vermummung oder gar Gewalt gegen Beamte werde toleriert, ist ebenso verfehlt. Beides ist zu Recht verboten. Die Polizisten müssen damit leben, fair bleiben zu müssen, auch wenn es ihre Kernaufgabe ist, gegen Unfaire vorzugehen. Wer das nicht versteht, hat den falschen Beruf.

Die grösste Leistung der Polizei bedingt (leider) eine grosse Frustrationstoleranz. Sie ist zu belohnen. Zum Beispiel mit einem «Prix Stahlseil», einem Pin aus Stahl, Silber, Gold oder Platin für das Behalten der Nerven trotz unsäglichlicher Provokation. Hingegen muss es möglich sein, Verfehlungen zu ahnden, und zwar auch, wenn sie in den Reihen der Polizei vorkommen. Jeder, der sich korrekt und verhältnismässig im Einsatz verhält, hat nichts zu fürchten.

Bernhard Jüsi, Zürich

SP-Gemeinderat